

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Dr. Kurt Schölerker
Verlags- und Druckerei-Gesellschaft
Königsplatz 10, Dresden

Druck: Dr. Kurt Schölerker
Verlags- und Druckerei-Gesellschaft
Königsplatz 10, Dresden

Druck: Dr. Kurt Schölerker
Verlags- und Druckerei-Gesellschaft
Königsplatz 10, Dresden

Der Breußenkonflikt noch nicht beigelegt

Kampf um die Rückzugsformel

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 21. Sept. Der Preussische Landtag wird sich am Donnerstag mit dem Konflikt, der sich aus der seinerzeitigen Annahme des Antrages, der die Beamten zur Gehorsamsverweigerung gegenüber der kommissarischen Regierung aufforderte, ergrub, weiter zu befassen haben. Die Nationalsozialisten haben zwar in der heutigen Sitzung eine Erklärung abgegeben, die den Wünschen des Reichskanzlers in seiner Eigenschaft als Reichskommissar für Preußen und des Reichspräsidenten v. Hindenburg weit entgegenkommt, und sie sind von dem damaligen Beschluß abgerückt, aber

der Beschluß selbst ist heute noch nicht aufgehoben worden.

Die deutschnationale Fraktion hat heute einen Antrag eingebracht, durch den der damalige Antrag als erledigt aufgehoben werden soll. Offenbar besteht aber bei den Mehrheitsparteien des Preussischen Landtages keine große Meinung, einem solchen Antrag, in dem man sich selbst beläugert, eine gefühlsdringende Handlung begangen zu haben, zuzustimmen. Infolgedessen hat

die Zentrumsfraktion einen Antrag eingebracht, durch den der damalige Beschluß auf unauffälliger Weise aus der Welt geschafft werden soll.

Dieser Antrag ist zudem so abgefaßt, daß er an der kommissarischen Staatsregierung zugleich eine verdeckte Kritik abt, indem gesagt wird, die preussischen Beamten hätten trotz der schweren Beweismittel, in die sie durch das nach übereinstimmender Uebersetzung des Landtages, des Staatsrates und des Staatsministeriums verfassungswidrige Vorgehen der Reichsregierung gegen Preußen geraten müßten, ihre Amtspflichten treu und gewissenhaft erfüllt. Der Landtag spreche den Beamten da-

für Dank und Anerkennung aus. Dann folgt der Passus, durch den der Antrag, der zum Ungehorsam aufforderte, beseitigt werden soll, in dem gesagt wird,

daß der Landtag der Erwartung Ausdruck gebe, daß die preussischen Beamten auch weiterhin ihre dienstlichen Obliegenheiten getreu der bewährten Berufstradition des preussischen Beamtenstandes zum Besten von Staat und Volk unparteiisch und gewissenhaft erfüllen würden.

Dieser Antrag bedeutet aber, daß der zum Ungehorsam auffordernde Antrag nicht direkt zurückgezogen wird, und so bleibt zunächst abzuwarten, ob die Reichsregierung sich mit einer derartigen Beilegung des Konfliktes zufrieden erklärt. Im Preussischen Landtage glaubte man heute allerdings anzunehmen zu können, daß sich der Reichskanzler v. Papen mit diesem Rückzug des Landtages zufrieden geben werde.

Die Aussprache, die heute im Plenum des Landtages stattfand, fand schon ganz im Zeichen der kommenden Reichstagswahlen. In politischer Hinsicht war die Aussprache ohne besondere Bedeutung. Als interessant wurde vermerkt, daß sich für einen kommunalistischen Antrag auf Auflösung, der der Ablehnung verfiel, nur Kommunisten, Deutschnationale, Volkspartei und Staatspartei einlegten, während die Mehrheitsparteien, Nationalsozialisten und Zentrum, sich gegen die Auflösung aussprachen.

Die deutschnationale Fraktion des Preussischen Landtages hat in einem Antrag einen Gehenswurf über den Austritt aus dem Reichsausschusses öffentlichen Rechts eingebracht. Das Gesetz vom 30. November 1920 soll dadurch aufgehoben und das Verfahren der Austrittserklärung neu geregelt werden.

Völkerbundstagung unter Zerfetzungszeichen

Von Ferdinand Kirchellen

Die 13. Völkerbundversammlung zeigt deutliche Zerfetzungserscheinungen. Abergläubische werden dadurch ihre Meinung von der sogenannten Unglückszahl auf neue als erwiesen betrachten. Nicht weniger als drei Großstaaten erscheinen diesmal in Genf als unsichere Mitglieder. Der Große Nationalistische Rat beschloß für Italien mit niemals dagewesener Schärfe, daß es seine Einstellung zu Genf von dieser Septembertagung abhängig machen werde. Italien erwartet unter der straffen Führung Mussolinis eine ganz eindeutige Preisgabe der Versailler Gewaltpolitik, also der bisherigen Grundlage des Völkerbundes, der sich zum Hauptverfeind der Gewaltfriedensverträge machte und von diesen Festungen nicht das bescheidenste Nutzenfort freigab. Japan ließ durch seinen Genfer Vertreter schon im letzten Frühjahr wissen, daß es in keiner Mandatsverteilungsfrage japanische Wege gehen und nötigenfalls den Völkerbund verlassen wird, wenn er seine oft geäußerten Ansprüche zugunsten des Stärken und zum Nachteil des Schwachen nicht auch gegen China anwendet.

In diesem Falle steht der Völkerbund vor einer besonderen Schwierigkeit, weil der Bericht seines Mandatsverteilungs-Ausschusses den vorliegenden Tatsachen gerecht wird, also das Vorgehen Japans in der Mandatsverteilung als offene Gewaltthatung kennzeichnet. Gerade deswegen erfolgt die Veröffentlichung des Völkerberichts erst im Oktober, zu einer Zeit, in der die Völkerbundsmächte sich verständigt haben können, wie sie den Unannehmlichkeiten der mandatsverteilungsverpflichtungen zur Sicherung des Friedens der Welt und der Vertraglichkeit der Mitgliedsstaaten ausweichen vermögen. Japan tritt aus dem Völkerbund aus, wenn dieser nicht China auf der Strecke liegen läßt. Der Völkerbericht, der sich nach diplomatischer Offenheit auszeichnet, gibt Genf diplomatisch den Fingerzeig unmittelbarer Verhandlungen zwischen Japan und China. Nun kommt aber alles darauf an, welche Mittel im Guten und im Bösen die Völkerbundsmächte einsetzen können, um das angegriffene China an den Verhandlungstisch mit seinem Angreifer zu bringen.

Während der Völkerbund den Verlust Japans schlimmstenfalls überwinden könnte und auch durch die Entfernung Italiens aus seiner Mitte zwar an Lebensfähigkeit stark einbüßte, aber noch nicht unhaltbar sein würde, müßte ihm der Austritt Deutschlands den Todesstoß versetzen. Diese Ueberlegung läßt sich nicht mit dem Hinweis abwägen, daß Deutschland ja eines seiner längsten Mitglieder sei; denn der Völkerbund lebte bis zum Eintritt Deutschlands so gut wie ausschließlich von der deutschen Frage, obwohl er sich in jener Zeit auch mit dem „Schub alleinreisender Mädchen auf Ruß“ befaßte und ähnliche „Probleme“ in seinen Betrachtungskreis zog. Seine Leistung, die einlagte, durch die er seinen Bestand rechtfertigte, war und blieb die Durchführung des Versailler Gewaltvertrages und die Billigung der Machtübergänge und Vertragsverletzungen gegen jeden sachlichen und rechtlichen deutschen Widerstand. Nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, also nach Unterzeichnung des Dawestributvertrages, lebte der Völkerbund diese Politik der Unterdrückung Deutschlands gemäß dem Versailler Gewaltvertrage in diplomatischen Formen unter bewusster Durchkreuzung des deutschen Rechtes und unter Erleichterung deutscher Zustimmung fort. Betrachtet man die besondere deutsche Geschichte im Völkerbund während unserer Mitgliedszeit, so gelangt man sehr rasch zu der Beobachtung, daß Deutschland immer zum Ja bewogen wurde, wo ein Nein am Platze gewesen wäre, und daß dieses Ja durch Ränke um Reichslandbesetzung, Locarno, Kriegsschlichtungspakt und ähnliche Verlockungen auf der einen und Drohungen auf der anderen Seite abgenötigt worden ist.

Das konnte geschehen, weil ihnen durch die Befassung mit dem damaligen innerdeutschen Völkerbundsdogma von der Rettung Deutschlands aus den Versailler Sklavenbanden auf den Pfaden der Nachgiebigkeit und Geduld, die Hände gebunden waren. Erst die allmählich vorwärtstreibende und dann härmlich aufbraulende Erkarkung des nationalen Selbstbewußtseins im Verlauf der letzten beiden Jahre schuf die Möglichkeit eines deutschen Nein auch gegen den Völkerbund. Auf dieser Grundlage haben das Paulanner Abkommen mit seiner kaum noch verhalten, jedenfalls praktisch wirklichen Streichung der Tribute und die unabweisliche Aufforderung zur Einlösung der Abrüstungsverpflichtung durch den Völkerbund. Er steht vor einer neuen Lage, vor einem Deutschland, das nicht mehr dem Schein eines Völkerbundes dienen will, sondern von dieser Gemeinschaft auch die unbedingte Anerkennung und den Schutz der deutschen Lebensnotwendigkeiten fordert.

Diese Lage ist für den Genfer Völkerbund deshalb so ernst, weil ihr nicht die Politik irgendeiner deutschen Regierung, sondern der unfragbare Wille des deutschen Volkes zugrunde liegt. Durch ihn sah sich schon Bränning vorwärtsgebrängt, und unter Papen erfolgte zwangsläufig

Bracht fordert Verwaltungsreform der Stadt Berlin

Berlin, 21. Sept. Der Berliner Oberbürgermeister Dr. Sahm hat am Dienstagabend vom preussischen Innenminister Dr. Bracht durch die Hand des Oberpräsidenten zwei Erlasse erhalten, die er heute dem Magistrat und den Vorständen der Bezirksämter zur Kenntnis gab.

In dem ersten Erlasse nimmt Bracht Bezug auf die Erörterungen der zuständigen Organe der Stadt Berlin zur Frage der Neuorganisation der Verwaltung des Stadtbezirks. Auch er halte zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung die abschließende Durchführung des schon lange schwebenden Plans einer Verminderung der Zahl der Verwaltungsbezirke der Stadt Berlin für dringend erforderlich. Bracht kündigte dann an, daß er, falls die Selbstverwaltungsdorgane Berlins nicht in kurzer Zeit zu einem brauchbaren Ergebnis kommen, dem Staatsministerium vorschlagen werde,

diese Aufgabe durch eine auf die Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Einheit der Länder und Gemeinden gestützte Verordnung zu lösen.

Aber auch bei dieser Art der Lösung sollen nach Brachts Ansicht in erster Linie die Selbstverwaltungsdorgane der Stadt Berlin die Entscheidung treffen. Deshalb solle unter Befreiung der zur Zeit erforderlichen Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung und der beteiligten Bezirksverfassungen die Entscheidung in die Hand des

Magistrats gelegt werden. Wenn der Magistrat wider Erwarten innerhalb einer in der Verordnung zu legenden Frist die Zahl der Bezirke nicht herabsetze, so werde die Festsetzung der Anzahl der Verwaltungsbezirke dem Oberbürgermeister überlassen werden. Der Beschluß des Magistrats sowie des Oberbürgermeisters würde bei der Wichtigkeit der Angelegenheit der Genehmigung des Staatsministeriums zu unterwerfen sein.

Bracht erlucht, ihm bis zum 15. Oktober zu berichten, ob ein Gemeindebeschuß über die neue Einteilung der Verwaltungsbezirke unter Zustimmung der beteiligten Bezirksverfassungen gefaßt worden ist.

In dem zweiten Erlasse erklärt sich Bracht bereit, zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung der Stadt Berlin auch Änderungen in der Verfassung der Berliner Verwaltungsbezirke vorzunehmen. Er denke dabei in erster Linie an die Einführung einer der süddeutschen Stadtratsverfassung ähnlichen Verwaltungsreform in den Verwaltungsbezirken, wie sie in dem Entwurf eines Selbstverwaltungsgesetzes für die Hauptstadt Berlin vorgesehen war. Falls eine Entscheidung der städtischen Körperschaften bis zum 15. Oktober nicht erfolgen sollte, so bitte er, Bracht, über die Stellungnahme des Magistrats, und falls auch dieser zu keiner Entscheidung kommen sollte, über den Vorstoß des Oberbürgermeisters zu dieser Frage zu berichten.

Der Berliner Magistrat beendete heute seine Beratungen über die Verwaltungsreform in erster Lesung, ohne endgültige Beschlüsse zu fassen. Am Montag nächster Woche wird er abschließend zu den Fragen Stellung nehmen.

Der Untersuchungsausschuß tritt zusammen

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 21. Sept. Am Donnerstag tritt, wie angekündigt, der zum Untersuchungsausschuß umgewandelte Ueberschuss des Reichstages zusammen. Der Ausschuss wird sich mit der Frage zu befassen haben, welche Zeugnisse zu vernehmen seien, die dann durch Verladung zum Erscheinen aufzufordern wären. Die Reichsregierung hält nach wie vor an dem einmal eingenommenen Standpunkt fest, daß sie nicht daran denkt, vor dem Ausschuss in Zeugeneigenschaft zu erscheinen.

Die Frage des Erscheinens der Reichsregierung wird in der morgigen Sitzung noch nicht aktuell sein, da der Ausschuss beabsichtigt, zunächst die übrigen Zeugen, also den Reichstagspräsidenten, die Schriftführer, die Senatoren und andere Zeugen, die sich gemeldet haben, zu vernehmen. Außerdem wird das Szenarium der Reichstagsabstimmung vom 12. September durchgeprüft und die Schallplatte vorgelesen werden, die von der Sitzung aufgenommen worden ist. Man nimmt an, daß die Untersuchungsarbeit des Ausschusses mehrere Tage in Anspruch nehmen wird.

Sifferus Oldenburgs an Hindenburg

Oldenburg, 21. Sept. Die Pressestelle des Staatsministeriums überbringt der Öffentlichkeit heute ein längeres Schreiben der Staatsregierung an den Reichspräsidenten. Es heißt darin unter anderem: Die schwierige Lage der oldenburgischen Landwirtschaft führe infolge der hohen Abgaben und Zinslasten in armenvoller Konsequenz zum Erliegen eines Teiles nach dem anderen.

Dieser werden an Spottpreisen veräußert, und der einst schlaue Bauer werde zum heimtolligen Bettler. Eine einzelne Katastrophe sei das Schicksal der Stiebler.

Dies Schreiben fordert dann:

1. eine sofortige Herabsetzung des Reichsbankdiskonts auf 3 v. H. und des Privatdiskonts auf 2 v. H., wobei jedes Nechen von Inkostentzen oder Vermittlergebühren freizustellen ist; Die Auslösung der Arbeit durch höhere als die gesetzlichen Zinsen muß durch ein Wundergeleit unter schwerer Strafe gestellt werden;
2. die Aussetzung aller Zwangsverfälle und Verzinsungen für ein volles Jahr, damit allen Bauern Zeit und Möglichkeit gegeben wird, aus ihrer in dem meisten Fällen nur vorübergehenden Zwangslage herauszukommen.

Vertical text on the left margin, likely a price list or index, including numbers like 20.0, 21.0, 22.0, 23.0, 24.0, 25.0, 26.0, 27.0, 28.0, 29.0, 30.0, 31.0, 32.0, 33.0, 34.0, 35.0, 36.0, 37.0, 38.0, 39.0, 40.0, 41.0, 42.0, 43.0, 44.0, 45.0, 46.0, 47.0, 48.0, 49.0, 50.0, 51.0, 52.0, 53.0, 54.0, 55.0, 56.0, 57.0, 58.0, 59.0, 60.0, 61.0, 62.0, 63.0, 64.0, 65.0, 66.0, 67.0, 68.0, 69.0, 70.0, 71.0, 72.0, 73.0, 74.0, 75.0, 76.0, 77.0, 78.0, 79.0, 80.0, 81.0, 82.0, 83.0, 84.0, 85.0, 86.0, 87.0, 88.0, 89.0, 90.0, 91.0, 92.0, 93.0, 94.0, 95.0, 96.0, 97.0, 98.0, 99.0, 100.0.